

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postfachkonto: Dresden 33327. Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleinziechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porschtal, Postwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmitz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Hiele, Inh. Walter Hiele. Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die Tagespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Kleinzeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“
„Die Frau und ihre Welt“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisrückzahlung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 277

Bad Schandau, Freitag, den 27. November 1931

75. Jahrgang

Ergebnis der Woche

Was uns droht.

Kr. Kr. In dem Augenblick, wo wir den Mut verlieren, können wir als Deutsche, als deutsche Staatsbürger schlafen gehen, um als wer weiß was für neue Zugehörige irgendeiner unbestimmten Staatskorporation wieder aufzuwachen. So ging es den Saarländern im Jahre 1919. Als Deutsche gingen sie schlafen und sind aufgewacht als Bürger eines Staatsgebildes, das bis heute noch niemand definieren kann. Der Völkerbund wacht darüber, daß auch sie in der Zeit des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sich als das erklären dürfen, was sie sind. Nur dürfen sie es zur Zeit nicht. Seltsame Blüten treibt diese Zeit der großen Worte, hinter denen nichts steckt als der krasse Egoismus der Gewalt, die um so bösser auftritt, je mehr sie sich hinter schönen Illusionen zu verstecken sucht. Wenn wir Deutschen zusammenbrächen, was würde die Welt erleben! Wie würden unsere bis an die Zähne bewaffneten Nachbarn über uns herfallen, sich da und dort ein Stück aneignen angeblich als Pfand ihrer Forderungen. Wie wie feinerzeit das Saargebiet angeblich als Pfand losgelöst wurde und noch ist, obwohl die Gruben in Nordfrankreich, für die es das Pfand bilden sollte, schon seit fast zehn Jahren wiederhergestellt sind. Wir könnten sehen, wie wir uns nochmals als Deutsche zusammenfinden könnten. Heber uns alle käme aber ein himmelblaues Wunderdach eines Völkerbundes, der nicht tun darf und kann, was Rechtens ist, sondern was andere Herrschaften wollen. Noch kämpfen wir den Kampf um unser nacktes Dasein. Und wir werden diesen Kampf siegreich durchsetzen, wenn wir nicht den Mut verlieren. Das Ergebnis der Beratungen des Wirtschaftsbeirates, das die Regierung uns zur Kenntnis gegeben hat, enthält einen schönen Strauß von allen Blumen, die uns nächstens noch blühen werden. Nicht zur Freude. Ganz gewiß nicht. Aber wir müssen auch durch dies dornige Gestrüpp hindurch, wenn wir endlich einmal wieder auf sicheren Pfad kommen wollen.

Zahlungsunfähig.

Nicht von uns allein hängt es ab, was in der nächsten Zeit mit uns geschehen wird. Wir könnten ja den ganzen Krempel hinwerfen und sagen: zunächst denken wir nur an uns selbst! — Das kann aber noch immer geschehen, und es geschieht viel vorteilhafter für uns, wenn alle anderen Möglichkeiten, mit unseren Gläubigern ins reine zu kommen, erschöpft sind, nichts erschöpft durch eigene Halsstarrigkeit des einen oder anderen Siegers von 1919, die uns und der ganzen Welt mit ihrem Unsinn von Versailles die eingebrochene Suppe angerichtet haben. Wenn nicht alles trügt, wird der Sonderausschuß der V.Z. die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands feststellen. Nach den formalen Bestimmungen darf er aber keinerlei Vorschläge machen, um die ungeschuldeten Jahreszahlungen zu annullieren. Wenn Deutschland aber gar nichts zahlen kann, so kann es auch die ungeschuldeten Zahlungen nicht leisten. Ob nun irgendein Öremium das versteht oder nicht. Und so werden wir dann dort sein, wo wir heute schon angelangt sind: nämlich bei der Tatsache, daß wir keine Tributzahlungen leisten können. Nicht jetzt und nicht in absehbarer Zeit. Soweit wir sehen können, richten sich auch die anderen schon darauf ein, und es käme nur darauf an, wie nach Aufheben des Young-Planes die Weltwirtschaft sich einrichten soll. Sehr bezeichnend ist es, daß Frankreich statt seines glatteren Moreau jetzt Prof. Rist in den Sonderausschuß delegiert hat. Einen Formelklärer (sondergleich). Dieser soll offenbar dem vernünftigen Realpolitiker der Belgier, Francaul, Baroli bieten, der schon einen sehr großzügigen Plan ausgearbeitet hat, gar nicht zur Freude der Franzosen.

Das Abriistungstheater.

Hier gibt es keine Eile mit Weile mehr. Das heißt: im Grunde können wir warten, da wir ganz genau wissen, daß wir nichts mehr zahlen können. Aber die anderen können nicht warten. Denn sie müssen sich darauf einrichten, daß sie nichts mehr erhalten, nämlich Milliarden, wofür sie keine Gegenleistung auszuführen hatten. Deshalb glauben wir, den andern, besonders den Franzosen, ist es eiliger als uns, denn bedenklich klopft die Krise auch bei ihnen an. Nur die Kriegs- und Rüstungsindustrie arbeitet bei ihnen noch voll, alles andere sinkt allmählich auch ab. Die Rüstungsindustrie ist aber sehr interessiert an dem Ergebnis der Abrüstungskonferenz im Februar. „Gott erhalte uns die brave Rüstung“, werden Frankreichs wirkliche Machthaber beten. Es ist gar nicht so ausgeschlossen, daß die schöne private Konferenz für die Abrüstung, die soeben in Paris zusammengetreten ist, gerade von jenen — allerdings hintenherum — arrangiert wird, die keine Abrüstung wollen, wenigstens keine französische. Denn die Entschleunigung, zu der sich alle Teilnehmer schon im vorhinaus ver-

pflichten müssen, enthält versteckt alles, was Frankreichs These ebenfalls verlangt: Vor allem, daß es erst Sicherheit geben müsse, d. h., wie die Dinge liegen: eigene Rüstung, dann lese sich darüber reden, wie weit die Rüstungen eingeschränkt werden können. Was bedeuten würde, daß Frankreich niemals abrüsten würde, oder daß es die anderen Staaten in seine eigene Rüstung einbeziehen würde. Was die französischen Arrangements mit dieser privaten Konferenz wollen, ist offensichtlich die Absicht: der Welt den guten Willen Frankreichs zu demonstrieren, um dann um so fester seinen Rüstungsplan zu beharren.

Krieg, der keiner sein soll.

Grotesk in diesem heuchlerischen Getue der Großnationen wirken doch die Vorgänge in der Mandchurei. Er wäre komisch, wenn wir nicht wüßten, daß jeden Tag hunderte Menschen ihr Leben lassen müssen, weil der Völkerbund keine Mäöglichkeit hat, die Nananer von ihrem Er-

oberungsmarsch abzuhalten. Trotz Völkerbundsplan, trotz Kellogg-Pakt schlagen sich tausende und aber tausende Menschen blutig und zu Tode. Die einen, um ihrem Volke neues Land und neue Absatzgebiete zu erwerben, die andern, um ihr Vaterland, ihr Volk, ihre Existenz zu verteidigen. Schlachten werden geschlagen — aber das alles darf noch nicht Krieg genannt werden, weil beide Parteien doch den Krieg in Licht und Bann erklärt, das Versprechen haben, sich friedlich auseinanderzusetzen, ehe sie auseinanderzuschlagen. Was der Völkerbund bedeutet, das sagen die Schatten in den Augenhöhlen der gefallenen Chinesen, das sagt das Stöhnen der Verwundeten, die von jenen Kanonen dahingerafft wurden, die es nach der berühmten Rede Briands nicht mehr geben dürfte. Aber es gibt noch Kanonen, und wer welche hat, der geht damit los gegen jene, die keine haben oder nur weniger. Das sehen wir in der Mandchurei. Und das spricht für die deutsche Forderung: Abrüsten, dann Sicherheit!

Abgabe der nationalsozialistischen Parteileitung an die hessischen Phantasten

Der hessische Gauführer der NSDAP

erklärte, es sei ganz ausgeschlossen, daß bei diesen Hausdurchsuchungen irgendwelche wesentlich belastenden Dokumente gefunden werden könnten. Dr. Schäfer wurde erst bei den letzten Landtagswahlen zum Abgeordneten gewählt, legte aber einige Tage darauf sowohl seinen Posten als Kreisleiter wie auch sein Landtagsmandat nieder. Nach Angabe seiner einstigen Parteigenossen soll er seinen Schritt offenbar aus Verärgerung darüber getan haben, daß er seine bei der NSDAP. erstrebte Laufbahn zertrümmert sah.

Abg. Hauptmann a. D. Göring

erklärte, daß, wenn dieses fragliche Schriftstück tatsächlich existiere, es nur die Privatarbeit eines Mitgliedes darstellen könne. Dr. Schäfer sei vor wenigen Wochen von der Sozialdemokratie zu den Nationalsozialisten gestoßen, scheinbar also in der Absicht, hier Material zu fabrizieren. Die Parteileitung stehe rüchhaltlos zu der beschworenen Legalität, und in diesem Sinne seien auch bisher Verhandlungen bezüglich einer Regierungsbitung in Hessen unterhalten worden.

Neue Legalitätserklärung Hitlers

Reichstagsabgeordneter Göring hat im Auftrage Hitlers dem Reichsinnenminister eine Erklärung übermittelt, in der es heißt: Die Reichsleitung steht nach wie vor auf ihrem oft genug zum Ausdruck gebrachten und beschworenen Standpunkt strengster Legalität. Sie wird die Vorgänge in Hessen untersuchen und gegen jeden, der nicht die Weisung der Legalität befolgt hat, rüchhaltslos vorgehen und ihn aus der Partei ausschließen.

Für eilige Leser.

* Der Berliner Polizeipräsident hat den „Nationalsozialistischen Parlamentsdienst“ mit sofortiger Wirkung bis zum 24. Februar 1932 verboten. Das Verbot erfolgte wegen einer unter der Überschrift „Noch immer Ausnahmestimmungen gegen die NSDAP.“ veröffentlichten kleinen Anfrage des Abg. Kube.

* Die Gauleitung der NSDAP. Weimar teilt mit: Wie wir zuverlässig erfahren, hat der Direktor des Reichslandbundes v. Sybel am 26. November seinen Uebertritt zur NSDAP. erklärt. Auch der Direktor des Mecklenburgischen Landbundes Dr. Wendhausen, M. d. N., und Landwirt Sieber, M. d. N., beide führende Mitglieder der Reichstagsfraktion der Landvolkpartei, sind zur NSDAP. übergetreten.

* Am Donnerstag ist in Berlin von einer deutschen Abordnung, bestehend aus Vertretern des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsfinanzministeriums und des Auswärtigen Amtes und einer litauischen Abordnung ein Abkommen über Fragen der Sozialversicherung im Memelgebiet paraphiert worden. Die weiteren Verhandlungen über dieses Abkommen werden im Rahmen der allgemeinen Verhandlungen mit der Republik Litauen erfolgen.

* Der ehemalige König von Spanien Alphonso hat nach einer Meldung aus Paris am Donnerstag Fontainebleau verlassen, um sich zu einem dreitägigen Aufenthalt nach München zu begeben.

* Der australische Generalgouverneur hat den Rücktritt des Kabinetts und die Auflösung des Repräsentantenhauses genehmigt. Die Neuwahlen für das Parlament und die Hälfte des Senats werden am 19. Dezember stattfinden.

Wieder Hausdurchsuchung in Darmstadt

Am Donnerstag wurde die polizeiliche Aktion mit einer neuerlichen Durchsuchung des Brauns Hauses in Darmstadt fortgesetzt. Ueber das Ergebnis ist noch nichts bekannt.

Oberreichsanwalt Dr. Werner

erklärte der T. L., daß das Vorgehen der Darmstädter Polizei nicht auf seine Veranlassung hin geschehen sei. Er habe am Mittwoch auf Einladung des preussischen Innenministers in Berlin eine Unterredung gehabt, bei der ihm das Schriftstück vorgelegt wurde, in dem der Versuch des Hochverrats erblickt werde. Er, der Oberreichsanwalt, habe dem preussischen Innenminister raten lassen, seine Absicht, die Presse in großem Ausmaße zu unterrichten, zunächst nicht auszuführen, weil die Unterforschung empfindlich gestört werden könnte, wenn wirklich der Tatbestand des Hochverrats vorläge. Ob das der Fall sei, müsse noch geklärt werden. Soweit das Schriftstück Bests als Stütze zur Feststellung des Tatbestandes in Betracht komme, handele es sich offenbar um Maßnahmen, die sich gegen eine auf Grund der jetzt geltenden Verfassung im Amte befindliche Regierung nicht richteten. Vielmehr sei vorausgesetzt, daß eine solche legale verfassungsmäßige Regierung gestürzt und durch die Herrschaft der „Kommune“ ersetzt sei. Diese ungeklärte „Kommuneherrschaft“ sei dann abgelöst durch die Nationalsozialisten, und erst dann sollen die Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ordnung, Ruhe und Sicherheit in Kraft gesetzt und durchgeführt werden.

In der weiteren Erklärung des Oberreichsanwalts wird gesagt, daß Dr. Schäfer auf noch nicht gekläarte Weise von Darmstadt nach Frankfurt a. M. gebracht und dem dortigen Polizeipräsidenten übergeben worden sei, der für Vorfälle in Darmstadt nicht zuständig wäre. Von Frankfurt a. M. sei Dr. Schäfer nach Berlin ins preussische Innenministerium und von dort nach Leipzig zum Oberreichsanwalt gebracht worden.

Es verlaute, daß Assessor Dr. Best nicht mehr aufzufinden sei. Er sei in Urlaub gegangen, ohne sich von seinem Vorgesetzten zu verabschieden.

Von preussischer Seite

wird mitgeteilt, daß das inkriminierte Material zuerst den preussischen Polizeibehörden bekanntgeworden sei. Das preussische Innenministerium habe keinen Zweifel an der Echtheit des vorgefundenen Dokuments. Es sei davon überzeugt, daß das Schriftstück von leitenden Persönlichkeiten der NSDAP. stamme. Der in dem Dokument enthaltene Passus über den Wegfall der bisherigen Inhaber der Staatsgewalt beweise, daß die Voraussetzung, es handele sich um ein hochverräterisches Unternehmen, zweifelsfrei geklärt sei. Bei Gefahr und Verdacht eines hochverräterischen Unternehmens sei es aber die Pflicht der Polizei, sofort alles zu tun, um die Angelegenheit aufzuklären.

Schäfers Bernehmung abgeschlossen

Leipzig, 27. November.

Die Bernehmung Dr. Schäfers vor der Reichsanwaltschaft dauerte den ganzen gestrigen Tag über an und wurde in den späten Abendstunden abgeschlossen. Dr. Schäfer ist vom Oberreichsanwalt darauf entlassen worden. Ueber etwaige Maßnahmen, die sich aus der Bernehmung ergeben,